

Niederschrift zur Sitzung des Amtsausschusses des Amtes Moorrege (öffentlich)

Sitzungstermin: Mittwoch, den 06.07.2016

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 20:27 Uhr

Ort, Raum: Haus der Gemeinde, Schulstraße 12, 25488 Holm

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Banaschak CDU

Herr Dirk Behnisch SPD

Herr Jörg Behrmann CDU

Herr Frank Büchner SPD

Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke GuB

Herr Werner Fitzner FDP

Frau Bettina Homeyer CDU

Herr Uwe Hüttner CDU

Herr Ernst-Heinrich Jürgensen SPD

Frau Jutta Kaufmann FDP

Herr Walter Lorenzen SPD

Herr Hans-Peter Lütje CDU

Herr Hans Martens SPD

Herr Bürgermeister Jürgen Neumann CDU

Herr Georg Plettenberg CDU

Herr Bürgermeister Reinhard Pliquet SPD

Herr Bürgermeister Walter Reißler CDU

Amtsvorsteher

Herr Horst Schaper CDU

Herr Dietmar Voswinkel SPD

Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg CDU

Herr Sören Weinberg CDU

Außerdem anwesend

Herr Wolfgang Aschert FWH

Herr Dieter Norton

Herr Emre Yilmaz

Gäste

Zuhörer

9

Protokollführer/-in

Herr Frank Wulff

Verwaltung

Frau Nicole Förthmann

Vorsitzende Personalrat

Herr Rainer Jürgensen

Frau Christine Neermann

Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Helmuth Kruse Bündnis 90/Die Grünen

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 06.07.2016 einberufen. Der Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden. Der Amtsausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert: Mangels Beratungspunkte werden TOP 14 „Personalangelegenheiten“ und TOP 15 „Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Sitzungsteil gefassten Beschlüsse“ gestrichen.

Die Tagesordnung wird beschlossen.
Abstimmungsergebnis:

22 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung:**

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Verabschiedung eines Amtsausschussmitgliedes
2. Ehrungen
3. Bericht des Amtsvorstehers
4. Einwohnerfragestunde
5. Bericht des Amtsdirektors
6. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
7. Wahl eines Mitglieds und eines stv. Mitglieds der Gemeinde Heidgraben in den Hauptausschuss des Amtes Moorrege
8. Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 0212/2016/AMT/BV
9. Prüfung der Jahresrechnung 2015 und Feststellung des Ergebnisses für das Amt Moorrege
Vorlage: 0211/2016/AMT/BV
10. Änderung des Namens des Amtes Moorrege
Vorlage: 0214/2016/AMT/BV
11. Neubildung eines Standesamtsbezirks
Vorlage: 0216/2016/AMT/BV

12. Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge im Amtsbereich; hier: Antrag des Amtsausschussmitglieds, Herrn W. Lorenzen
Vorlage: 0215/2016/AMT/V
13. Verschiedenes
- 13.1. Beseitigung Schmierereien am Fahrradunterstand des Amtes
- 13.2. Aufgabenübertragung der Gemeinden des Amtes Haseldorf

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Verabschiedung eines Amtsausschussmitgliedes

An dieser Stelle sollte die Verabschiedung von Frau Ute Schleiden stattfinden, die ihr Mandat als Gemeindevertreterin der Gemeinde Heist abgegeben hat. Da Frau Schleiden heute nicht anwesend ist, wird die Verabschiedung nachgeholt.

zur Kenntnis genommen

zu 2 Ehrungen

Herr Reißler ehrt Frau Jutta Kaufmann und Herrn Hans-Peter Lütje für ihre 10-jährige Mitgliedschaft im Amtsausschuss Moorrege. Herr Reißler dankt für die Mitarbeit im Gremium und überreicht eine Ehrenurkunde, einen Blumenstrauß und ein Weinpräsent.

zur Kenntnis genommen

zu 3 Bericht des Amtsvorstehers

Herr Reißler teilt mit, dass alle berichtswürdigen Punkte im Rahmen der heutigen Tagesordnung mit behandelt werden, so dass an dieser Stelle kein Bericht erfolgt.

zur Kenntnis genommen

zu 4 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Bergmann aus Appen erläutert zunächst, dass keiner der ehrenamtlichen Helfer die Verwaltung angreifen möchte, aber dennoch wolle sie auf drei Probleme in der Gemeinde Appen hinweisen, um die sich die Verwaltung kümmern müsse:

- Im letzten Jahr seien die Flüchtlinge in einzelne Unterkünfte und Einrichtungen untergebracht worden. Jetzt würden sie aus diesen Unterkünften in gemeinsame Unterkünfte zusammengefasst. Dadurch schaffe man eine Konzentration der Flüchtlinge.
- Das Amt dürfe nicht dauernd zu hohe Mieten für minderwertige Wohnungen zahlen.
- Das Amt brauche eine geeignete Person innerhalb der Verwaltung, die sich konzentriert um die Flüchtlinge und die Wohnungsvergabe kümmert. Oftmals würden Flüchtlinge und Helfer unnötig zwischen Gemeinde, Amt und Wohnungsverwalter hin und her geschoben.

Herr Reißler antwortet, dass unter TOP 12 zu diesem Thema Stellung bezogen wird.

zur Kenntnis genommen

zu 5 Bericht des Amtsdirektors

Herr Jürgensen berichtet wie folgt:

- Am 06.07.2016 hat eine Verwaltungsleiterkonferenz beim Landrat stattgefunden. Seitens der Arbeitsagenturen wird es ein Programm zur Einführung der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt geben. Für den Kreis Pinneberg werde es voraussichtlich 300 Plätze geben. Die Entlohnung liege zwar nur bei 0,80 €/Std., aber die Flüchtlingen seien beschäftigt und erhielten einen Einblick in die Arbeitswelt.
- Herr Jürgensen hat an einem Gespräch mit dem Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten zur Flüchtlingsthematik teilgenommen. Das Land werde sich von einigen Flüchtlingseinrichtungen trennen, da der Zustrom deutlich abgenommen habe. Am 09.11. werde es einen neuerlichen Flüchtlingsgipfel geben. Bis dahin wird es Beratungen zur Sicherstellung der Finanzierung der Flüchtlingsbetreuung geben.
- Seitens des Landes wurden einige Änderungen der Normen zur Regelung des Wahlrechts bei Kommunal- und Landtagswahlen umgesetzt. Das Land erhoffe sich dadurch eine Erhöhung der Wahlbeteiligung.
- Seitens der Kreisverwaltung wurde ein aktueller Überblick über die Finanzen des Kreises Pinneberg vorgestellt (Anlage 1). Ab 2019 könnte es zu einer Senkung der Kreisumlage kommen.
- Die Ausschreibung zur Entsorgung der Gelben Säcke und des Glasmülls (Glascontainer) hat ergeben, dass für 2017-2019 nicht mehr die GAB zuständig sein wird. Der Auftrag wurde an die Firma Bötzel und Söhne GmbH vergeben. Durch Erfahrungen der Gemeinden mit der Entsorgung durch diese Firma wird Unmut über diese Entscheidung seitens des Amtsausschusses geäußert.

zur Kenntnis genommen

zu 6 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung

Gegen die Niederschrift zur letzten Sitzung des Amtsausschusses liegen keine Einwendungen vor.

zur Kenntnis genommen

zu 7 Wahl eines Mitglieds und eines stv. Mitglieds der Gemeinde Heidgraben in den Hauptausschuss des Amtes Moorrege

Aus der Mitte des Amtsausschusses wird Herr Bürgermeister Ernst-Heinrich Jürgensen und als sein Vertreter Frank Tesch vorgeschlagen.

Beschluss:

Der Amtsausschuss wählt Herrn Bürgermeister Ernst-Heinrich Jürgensen in den Hauptausschuss des Amtes Moorrege. Herr Frank Tesch wird zum Vertreter gewählt.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 22 Enthaltung: 0

**zu 8 Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 0212/2016/AMT/BV**

Herr Jürgensen erläutert, dass die Haushaltsüberschreitungen ausschließlich auf die zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung nicht planbaren Kosten der Flüchtlingsunterbringung beruhen. Die erwarteten Gesamtaufwendungen für Flüchtlingsunterbringung inkl. Integrationsaufwendungen belaufen sich derzeit bis zum Jahresende auf voraussichtlich 1.456.414,90 €. Bei einem ursprünglichen Haushaltsansatz von 750.000 € ergibt sich auf der Ausgabeseite eine Haushaltsüberschreitung in Höhe von 706.414,90 €.

Aus Kostenerstattungen (Haushaltsansatz 700.000 €) werden Gesamteinnahmen in Höhe von 1.292.733,06 € erwartet, so dass sich voraussichtliche Mehreinnahmen in Höhe von 592.733,06 € ergeben.

Unter Berücksichtigung der Haushaltsüberschreitungen (706.414,90 €) sowie den Mehreinnahmen (592.733,06 €) verbleibt dem Amt Moorrege derzeit ein Mehraufwand in Höhe von 113.414,90 €. Derzeit reiche die Rücklage des Amtes aus, um diesen Mehraufwand aufzufangen. Sollte das Jahr 2016 so weiter gehen, reiche die Rücklage zur Deckung nicht mehr aus.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, die Haushaltsüberschreitungen im Verwaltungshaushalt mit 706.414,90 € zu genehmigen.

Den Haushaltsüberschreitungen stehen Mehreinnahmen aus Kostenerstat-

tungen in Höhe von 592.733,06 € gegenüber. Der verbleibende Mehraufwand in Höhe von 113.414,90 € wird im 2. Halbjahr unter Einbeziehung der weiteren Entwicklung im Rahmen eines Nachtragshaushalts dargestellt. Im Vermögenshaushalt liegen keine Überschreitungen vor.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 22 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 9 Prüfung der Jahresrechnung 2015 und Feststellung des Ergebnisses für das Amt Moorrege
Vorlage: 0211/2016/AMT/BV

Herr Büchner berichtet von der erfolgten Prüfung der Jahresrechnung 2015. Es gab seitens des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung Hinweise und Bemerkungen, die alle beantwortet bzw. erläutert wurden.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, die Jahresrechnung, die im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je 3.903.443,24 € und im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je 229.008,22 € abschließt, festzustellen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 22 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 10 Änderung des Namens des Amtes Moorrege
Vorlage: 0214/2016/AMT/BV

Herr AD Jürgensen geht zunächst allgemein auf die vorliegende Beschlussvorlage ein. Entgegen des Beschlussvorschlages aus der Vorlage hatte der Hauptausschuss empfohlen, den Namen des Amtes Moorrege zu überdenken und nicht auf jeden Fall zu ändern. Das Ergebnis der Namensfindung könne sowohl ein neuer Name als auch die Beibehaltung des jetzigen Namens sein.

Herr Weinberg ist der Meinung, dass der jetzige Namen erhalten werden muss. Dieser Name sei mittlerweile 63 Jahre alt und habe sich bewährt und landesweit festgesetzt. Gleichwohl würde der Amtsausschuss nun an dieser Stelle nicht vorgreifen, so dass die jetzige Vorgehensweise in Ordnung sei.

Herr Fitzner fragt, wie Vorschläge eingebracht werden können. Herr Jürgensen antwortet, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner des Amtes Moorrege, des Amtes Haseldorf sowie die Belegschaft des Amtes Moorrege Vorschläge unterbreiten können. Weitere Details werden im Rahmen eines Pressegesprächs bekanntgegeben.

Frau Ehmke erläutert, dass der Name des Amtes, mit dem sie selbst persönlich keine Probleme hätte, in der Bevölkerung oftmals zu Irritationen führt. Sie nennt als Beispiel eine Bauvoranfrage aus der Gemeinde Groß Nordende, die wie folgt adressiert wurde: Gemeinde Groß Nordende über Gemeinde Moorrege.

Herr Voswinkel regt an, die Frage dahingehend an die Einwohnerinnen und Einwohner zu richten, ob das Amt Moorrege einen neuen Namen bekommen oder das Amt erhalten bleiben soll. Herr Jürgensen antwortet, dass die Frage so nicht gestellt werden könne, da es nicht um den Erhalt des Amtes gehe.

Herr Weinberg fragt, welche Kosten die Umstellung des Namens mit sich bringen würde. Herr Jürgensen antwortet, dass durch die Umstellung selbst keine weiteren Kosten entstehen. Das Amt müsse zum 01.01.2017 sowieso in neue Stempel, Vordrucke, etc. investieren, da durch die Eingliederung des Amtes Haseldorf das Logo des Amtes (Das Rathaus für 7 Gemeinden) anzupassen ist.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt, den Namen des Amtes Moorrege zu überdenken. Zur Namensfindung wird die Auslobung eines Wettbewerbes empfohlen. Amtsdirektor, Amtsvorsteher sowie der Vorsitzende des Hauptausschusses werden ermächtigt, die Kriterien für einen Wettbewerb festzulegen. Der Hauptausschuss wird ermächtigt, aus den eingehenden Vorschlägen unter Hinzuziehung der Bürgermeisterin sowie den Bürgermeistern der Gemeinden Haselau, Haseldorf und Hetlingen dem Amtsausschuss und den einzelnen Gemeindevertretungen einen Vorschlag zur künftigen Benennung des Amtes zu unterbreiten.

Das Ergebnis der Namensfindung kann sowohl ein neuer Name für das Amt Moorrege sein, als auch die Beibehaltung der bisherigen Bezeichnung.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 22 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 11 Neubildung eines Standesamtbezirks Vorlage: 0216/2016/AMT/BV

AD Jürgensen erläutert kurz die Notwendigkeit zur Neubildung des Standesamtbezirks. Der Name des künftig gemeinsamen Standesamtbezirks sollte gleichlautend mit dem Namen des Amtes sein.

Beschluss:

Der Amtsausschuss beschließt die Eingliederung der Gemeinden Haselau, Haseldorf und Hetlingen des Amtes Haseldorf in den Standesamtbezirk Moorrege-Appen und weiter, deren Standesamtsaufgaben ab dem 01.01.2017 zu übernehmen. Der Name des künftig gemeinsamen Stan-

desamtsbezirkes ist gleichlautend mit dem künftigen Namen des Amtes Moorrege zu fassen. Die entsprechenden Anträge sind bei der Standesamtsaufsicht des Kreises Pinneberg zu stellen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 22 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

**zu 12 Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge im Amtsbereich; hier: Antrag des Amtsausschussmitglieds, Herrn W. Lorenzen
Vorlage: 0215/2016/AMT/V**

Herr Lorenzen erläutert zunächst seinen Antrag zur Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes in die heute Sitzung. Er nehme regelmäßig an den Flüchtlingskoordinierungstreffen teil und nehme daher die Sorgen und Nöte der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wahr. Es sei natürlich bekannt, dass die Verwaltung bei der Bearbeitung der Flüchtlingsangelegenheiten oftmals wenig Spielraum besitze, aber dennoch wolle er auf mehr Verständnis für die ehrenamtlich Tätigen hinwirken. Vielleicht sei es auch sinnvoll, eine Person innerhalb der Amtsverwaltung als zentrale Anlaufstelle vorzuhalten.

Herr AD Jürgensen führt aus, dass eine Zentralisierung aller Flüchtlingsangelegenheiten im Amt nicht möglich sei. Das Problem der Amtsverwaltung sei die Gradwanderung zwischen den Interessen der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und der des Amtes selbst. So stehe mittlerweile ein Minus von rd. 163.000 € im Raum, dass dazu führe, nicht alle Anliegen und Wünsche der Helfer umsetzen zu können. Mit Stand dieser Sitzung sind dem Amt Moorrege 272 Asylbewerber aus neun verschiedenen Ländern (15 Nationalitäten) zugewiesen. Das Amt hatte 60 Objekte in sechs Gemeinden des Amtes sowie in Uetersen und Elmshorn angemietet. Sieben dieser Objekte sind bereits gekündigt (in Appen, Holm und Neuendeich) und zurzeit wird an weiteren Umsetzungen und somit auch an weiteren Kündigungen gearbeitet. Das Ziel müsse die Senkung der Kosten sein. In der Gemeinde Moorrege wird es vorläufig keine mobilen Flüchtlingsunterkünfte geben. Die Unterkünfte für die Gemeinde Appen werden aber noch aufgestellt.

Herr Lorenzen ergänzt, dass die Zusammenarbeit zwischen Amtsverwaltung und Flüchtlingsbetreuungen oftmals schwierig war und dass man Wege zur Verbesserung finden muss. Herr Jürgensen antwortet, dass an dieser Stelle keine Statements über Personal erfolgen werden, aber dass personaltechnisch nachgesteuert wurde. Herr Yilmaz hat im Juni seine Ausbildung erfolgreich beendet und steht dem zuständigen Fachbereich für die Sachbearbeitung in Flüchtlingsangelegenheiten zur Verfügung.

Seitens der ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuung gab es ein Schreiben an die Bürgermeister im Amtsbereich Moorrege, die Mitglieder des Amtsausschusses sowie an den Amtsdirektor. Dieses Schreiben beinhaltete einige Wünsche der Absender. Auf einige dieser Wünsche geht Herr Jürgensen wie folgt ein:

- Einrichtung einer Sprechstunde, z.B. einmal wöchentlich zwei Stunden: Es wurde innerhalb der Amtsverwaltung recherchiert, wieviel Bedarf dafür besteht. Das Ergebnis lautete täglich drei Stunden. Insofern passe eine solche Sprechstunde nicht. Der Bedarf sei täglich vorhanden und werde erfüllt.
- Absicherung der Gefälligkeiten (Anträge, Ratschläge, etc.): Eine Absicherung dieser Maßnahmen durch die Flüchtlingsbetreuungen seitens des Amtes ist nicht möglich. Dazu sei das Amt rechtlich nicht befugt und in der Lage.
- Eine zuständige Person für die Flüchtlingsbetreuung: Eine einzige Person werde es nicht geben. Da sei schon allein aus Vertretungsgründen bei Urlaub oder Krankheit nicht umsetzbar.
- Verfahren zur Hepatitisimpfung: Hier lag ein Kommunikationsproblem vor. Die Impfungen wurden mittlerweile in die Wege geleitet.

Frau Homeyer fragt nach einer Haftpflichtversicherung für die Flüchtlingsbetreuungen. AD Jürgensen antwortet, dass alle ehrenamtlichen Helfer grundsätzlich über den KSA bei der Ausführung ihrer Tätigkeiten haftpflichtversichert sind. Dazu gehöre aber nicht eine Absicherung vor Regressforderungen, z.B. bei der grob fahrlässigen oder vorsätzlichen Abgabe falscher Ratschläge. Herr Norton ergänzt, dass die Helferinnen und Helfer oftmals etwas tun, was sie eigentlich nicht dürfen. Um mögliche Regressforderungen auszuschließen, wird es eine Schulung für alle Flüchtlingsbetreuungen dazu geben, was man tatsächlich darf und wie weit die Flüchtlingsbetreuung gehen sollte.

Zur Ausstattung der Wohnungen für Flüchtlinge führt Herr Norton aus, dass es hierzu Vorgaben durch das Asylbewerberleistungsgesetz gibt. Diese Gegenstände nach den Vorgaben des Gesetzes seien vorrätig und in einer Inventarliste erfasst. Alle Gegenstände, die darüber hinaus zur Verfügung gestellt werden sollen, seien nicht immer vorrätig und auch nicht inventarseitig erfasst.

Herr Behnisch fragt, ob die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer nun nicht mehr beratend tätig sein dürfen. Herr Norton antwortet, dass man beratend tätig sein dürfe, aber nicht begleitend. Die Flüchtlinge sollen ihre Anträge z.B. selbst ausfüllen.

Herr Plettenberg teilt mit, dass der 1. Stadtrat aus Elmshorn, Herr Dirk Moritz, einen Vortrag zu dieser Thematik gehalten habe. Dieser sei in den Flüchtlingsangelegenheiten auch sehr kompetent und stehe sicherlich für Erläuterungen zur Verfügung.

Herr AD Jürgensen gibt zu Bedenken, dass bereits Bezieher anderer staatlicher Leistung im Amt vorgesprochen haben und den Umfang der Hilfe für Flüchtlinge gegenüber ihrer eigenen bemängelt hätten. Zu viel Hilfe sei gesetzlich untersagt und außerdem sei der Haushalt des Amtes zu beachten.

Herr Reißler stellt fest, dass der ständige Kontakt zwischen Flüchtlingsbetreuungen und dem Amt sehr wichtig ist.

Das Angebot, eine Flüchtlingsunterkunft zentraler Art in Hamburg zu besu-

chen, wird durch Herr Norton den Flüchtlingsbetreuungen und den Mitgliedern des Amtsausschusses unterbreitet. Hier im Amtsbereich habe man noch das Glück dezentral unterzubringen.

Die im Sitzungsraum anwesenden ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuungen bitten darum, außerhalb der Einwohnerfragestunde das Wort ergreifen zu dürfen. Herr Lorenzen stellt den Antrag zu Geschäftsordnung, das Rede-recht entsprechend zu gewähren. Über diesen Antrag wird wie folgt abge-stimmt:

22 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Frau Glage aus Moorrege berichtet, dass sie seit über einem Jahr als Hel-ferin aktiv ist. Sie sei mittlerweile diejenige, bei der alle Anträge und Wün-sche zusammenlaufen würden. Sie habe bisher auch alle notwendigen Anträge ausgefüllt, wovon Sie nunmehr wohl Abstanden nehmen müsse. Es stelle sich dann die Frage, wer an dieser Stelle helfen soll. Die Flücht-linge selbst können sich hier nicht helfen.

Herr Rahmenführer aus Appen erläutert, dass die Probleme der Flüchtlinge vielfältig seien. Es gehe um die Heranführung an den Arbeitsmarkt, Prakti-ka, Wohnungssuche, Geldfragen, Ausfüllen von Formularen, etc. Die Un-klarheiten würden darin liegen zu bestimmen, wie weit die Hilfe gehen dür-fe und wann die graue Zone möglicher Regressforderungen beginnen würde. Es sei unklar, wer eine mögliche Absicherung tragen könne. Viel-leicht könne das Amt Rechtsberatungen wie die Gewerkschaften es z.B. anbieten leisten. Die Wertschätzung der eigenen Arbeit sei wichtig und es bedürfe einer stärkeren Unterstützung. Das o.g. Schreiben der Flücht-lingbetreuungen sei nicht umfassend beantwortet und eine Umsetzung der Forderungen führe zu einem noch höheren Defizit im Amtshaushalt. Diese Umstände seien schwer verständlich.

Herr Jürgensen antwortet, dass er nie gesagt hat, dass positive Entschei-dungen zu dem Papier zu einem noch höheren Defizit führen. Die Verwal-tung dürfe nun mal keine Rechtsberatung durchführen. Grundsätzlich dürfe das Amt sich nur im Rahmen seiner finanziellen Mittel und der rechtlichen Vorgaben bewegen.

Herr Lütje ist der Meinung, dass eine Hilfe beim Ausfüllen von Vordrucken doch nur stattfinden könne, wenn man sich 100 prozentig über den Inhalt sicher sei. Die Angelegenheit sei ein typischer Fall des Auseinanderklaf-fens von Theorie und Praxis und dürfe nicht zu hoch gehängt werden. Man könne nicht alles Erdenkliche absichern.

Zur Mittelung von Frau Glage, dass die Flüchtlinge bei anderen Behörden oftmals ohne Erfolg wieder weggeschickt werden, da sie sich ohne Dol-metschen nicht verständigen können und weitere Respektlosigkeiten er-fahren müssten, antwortet Herr Martens, dass hierzu oftmals das Verlan-gen nach dem Vorgesetzten oder eine Dienstaufsichtsbeschwerde hilft. Herr Aschert führt aus, dass die Diakonie oder der Einwandererverband zur Unterstützung zur Verfügung stehen. Außerdem seien die Flüchtlinge untereinander bestens vernetzt und würden sich gegenseitig unterstützen.

Die Flüchtlingsbetreuungen müssten auch lernen loszulassen.

Herr Lütje berichtet von den Deutschkursen in der Gemeinde Appen und fragt, ob auch in anderen Gemeinden solche Kurse angeboten werden. Herr AD Jürgensen antwortet, dass diese Kurse auch in anderen Gemeinden freiwillig organisiert werden und sich in kleinen Runden bewährt haben.

Laut Frau Voss aus Heidgraben dürfen nicht alle Flüchtlinge verallgemeinert werden. Zur Lösung derer Probleme müsse nach mehreren Wegen gesucht werden. Ein guter Internetzugang würde bereits viel bewirken. Das Ziel müsse eine gelungene Integration sein. Dieses bedeute anfangs eine starke Betreuung. Nach einiger Zeit der Eingewöhnung und des Kennenlernens seien die meisten Flüchtlinge auch bereit, sich selbst zu behelfen oder auch zu arbeiten. Herr AD Jürgensen antwortet, dass ein kostenfreier Internetzugang nicht gewährt werden darf, da dieses über die Regelleistungen hinausgehe.

Herr Reißler und Herr AD Jürgensen stellen abschließend fest, dass es keine Konfrontationen untereinander gebe. Kurze Wege seitens der Amtsverwaltung zur Lösung der Probleme bei der Flüchtlingsbetreuung würden weiterhin garantiert werden.

zur Kenntnis genommen

zu 13 Verschiedenes

zu 13.1 Beseitigung Schmierereien am Fahrradunterstand des Amtes

Frau Neermann teilt mit, dass die Schmierereien (Hakenkreuze) am Fahrradunterstand des Amtes mit Hilfe von Schülerinnen und Schülern beseitigt worden sind.

zur Kenntnis genommen

zu 13.2 Aufgabenübertragung der Gemeinden des Amtes Haseldorf

Die Gemeinden des Amtes Haseldorf haben die Aufgaben „Bauhof“ und „Grundschule Haseldorf-Hetlingen“ ganz oder teilweise an ihr Amt übertragen. Herr Plettenberg fragt, ob das Amt Moorrege automatisch diese Aufgaben übernehmen muss und ob der Amtsausschuss sich dann mit dem Bauhof und der Grundschule befassen muss. Es wird hierzu auf die Anlage 2 zu dieser Niederschrift verwiesen.

Herr Reißler bedankt sich anschließend bei allen Anwesenden und schließt um 20.27 Uhr die Sitzung.

zur Kenntnis genommen

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.07.2016

(Walter Reißler)

(Frank Wulff)
Protokollführer